

## **Initiativantrag**

**der unterzeichneten Abgeordneten  
betreffend**

**die Vereinfachung der Ermittlung des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe**

**Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

### **Resolution**

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass eine nachhaltige und umfassende Vereinfachung der gesetzlichen Grundlagen für die Ermittlung des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe vorgenommen wird, ohne dass es zu Kürzungen von Leistungen kommt.

### **Begründung**

Das Berechnungssystem des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe ist sehr kompliziert ausgestaltet, sodass es sowohl für das AMS als auch für die Betroffenen selbst schwierig ist, die tatsächliche Höhe ihrer Ansprüche zu ermitteln. Zu diesem Ergebnis kamen auch die letztjährigen Beratungen des Unterausschusses "Nettoersatzrate in der Arbeitslosenversicherung", in deren Rahmen auch von den eingeladenen Experten der Wunsch für eine Vereinfachung der Rechtsgrundlagen geäußert wurde.

Eine Reform der gesetzlichen Grundlagen zur Ermittlung des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe würde darüber hinaus auch einen Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung darstellen und somit zu wesentlichen Einsparungen führen.

Aus diesen Gründen soll eine nachhaltige und umfassende Vereinfachung der gesetzlichen Grundlagen für die Ermittlung des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe erfolgen. Besonders bei Frauen und Familien ist darauf zu achten, dass es zu keinen Verschlechterungen kommt.

Linz, am 21. Jänner 2013

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

**Steinkellner, Schießl, Wall, Klinger, Povysil, Cramer, Lackner, Mahr**

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

**Hirz, Schwarz, Wageneder, Reitsamer, Buchmayr**

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

**Stelzer, Astleitner, Hingsamer, Aichinger, Kirchmayr, Gattringer, Weinberger, Frauscher,  
Schulz, Brunner, Höckner, Bernhofer**